

PoWi - Politik und Wirtschaft für Berufsschüler

<http://worgtsone.scienceontheweb.net/worgtsone/> - [mailto: worgtsone @ hush.com](mailto:worgtsone@hush.com)

26. November 2008 – 13. Oktober 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Intro	2
1.1	Inhalte	2
1.2	Didaktik	2
1.3	Lehrerwechsel	3
2	Wirtschaft	4
3	Unternehmen	5
3.1	Charakterisierung und Einteilung	5
3.1.1	Übung: Aufgaben des Chefs im Kleinunternehmen	5
3.1.2	Übung: Annahme: Opel geht pleite	5
3.2	Waren- und Geldströme	6
3.2.1	Wirtschaftskreis im Unternehmen	6
3.2.2	Wirtschaftskreis mit Recht	7
3.3	Blick auf die Mitarbeiter : Verträge	8
3.3.1	Ausbildungsvertrag	8
3.3.2	Arbeitsvertrag	8
3.3.3	Tarifverträge	8
3.3.4	Gesetzliche Sozialversicherung	8
3.3.5	Steuern	8
3.4	Anlagevermögen und Finanzierung	9
3.5	Lieferanten und Kunden	9
3.6	Entwicklung im Unternehmen : Lebenszyklus	10
4	Politik	12
5	Umfeld des Unternehmens	13
5.1	Personal	13
5.1.1	Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	13
5.1.2	Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer	13
5.1.3	Personalgewinnung	13
5.2	Geografisch: Offenbach vs. Michelstadt	13
5.3	Stoff- und Steuertechnisch	13
5.4	Markt und Konkurrenz	13
5.5	Neue Märkte	13
6	Recht und Gesetz	14
6.1	Recht	14

6.2	Gesetze: Wo sie herkommen	14
6.3	Parlamente werden gewählt	14
6.4	Gewaltenteilung	14
7	Die wichtigsten Gesetze	15
7.1	Grundgesetz	15
7.2	Bürgerliches Gesetzbuch	15
7.3	Interessant für den Neuling: Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Jugendschutz	15
7.4	Straßenverkehrsordnung (StVO) und Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (STVZO)	15
7.5	Strafgesetzbuch	15
7.6	Sozialabgaben	15
7.7	Steuer-Gesetzgebung	15
8	Lebensentwürfe	16
8.1	Deutschland, Europa und Externe Handelspartner	16
8.2	Angestellter vs. Selbständiger	16
8.3	Lebensalter 15, 25, 35, 45, 55, 65	16

Disclaimer

Wissen ist zum Teilen da. Ich teile mein Wissen mit Ihnen, lieber Kollege.

Ich bin aber nicht perfekt. Unter worgtsone@hush.com
nehme ich dankbar Ihre Verbesserungsvorschläge entgegen.

*

Legal Blurb: Alle Informationen in diesem Dokument sind falsch, unvollständig,
irreführend, irrelevant und / oder funktionieren einfach nicht.

Wenn Sie es trotzdem benutzen, und es geht dabei etwas kaputt, ist das Ihr
Problem, nicht meins.

*

Bitte teilen Sie meine Web-Adresse nicht Ihren Schülern mit.

1 Intro

1.1 Inhalte

Da gibt es den Rahmenlehrplan WiSo der KMK.

Und die alten IHK-Prüfungen. Die behandeln aber eher Wirtschaft – weniger Politik – bis auf ein paar Gesetze, zB Jugendschutz, Arbeitsschutz, Betriebsverfassung.

1.2 Didaktik

Ist doch egal, wo sie herkommen – Hauptsache, wir helfen ihnen, ein, zwei Stufen in der beruflichen Karriere voranzukommen.

Dazu gehört neben Verbesserung der Umgangsformen und Verbesserung des Lernverhaltens die eine oder andere Dosis Zucker – zB freundliche Worte, wenn der Lückentext oder das Silbenrätsel komplett und richtig ausgefüllt ist oder das Diagramm auf der Tafel es fast komplett auf ein Blatt Papier geschafft hat.

1.3 Lehrerwechsel

Wer jahrelang im Geschäft steckt, braucht nur einen Blick ins Klassenbuch und weiß anschließend, welche Arbeitsblätter er auspacken muß.

Wer erst die Stoff-Spreu vom Weizen zu trennen hat UND Lückentexte als intellektuelle Herausforderung begreifen lernen muß, wird dafür länger brauchen.

2 Wirtschaft

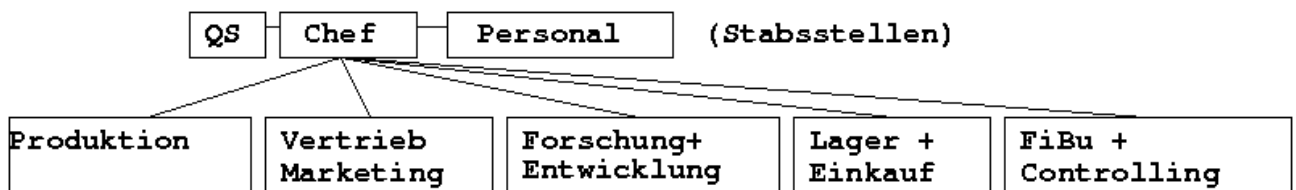
3 Unternehmen

3.1 Charakterisierung und Einteilung

Unternehmen sortiert man nach Umsatz ODER Belegschaft ODER Branche ODER produzierend vs. dienstleistend.

In Deutschland unterscheidet man grob:

- Kleine Unternehmen.
0..99 Mitarbeiter.
Häufig im Handwerk.
Der Chef ist immer sichtbar. Das birgt Chancen, aber auch Risiken.
Die Aufgaben des Chefs sind dieselben wie im Mittelstand, aber anders verteilt.
- Mittelständische Unternehmen, auch: der Mittelstand.¹
100..1000 Mitarbeiter.
Beschäftigen die meisten Arbeitnehmer in Deutschland.
Wenn mal einer pleite geht, wirft das nicht eine ganze Region um.
Chef ist gelegentlich sichtbar.
Übliche Aufteilung:



- Große Unternehmen.
1000..70000 Mitarbeiter
Autobauer und Siemens.
Chef = unsichtbar.
Absturz der Firma reißt Region mit.

3.1.1 Übung: Aufgaben des Chefs im Kleinunternehmen

Welche hat er? Wo kann ein Azubi ihn wirkungsvoll unterstützen?

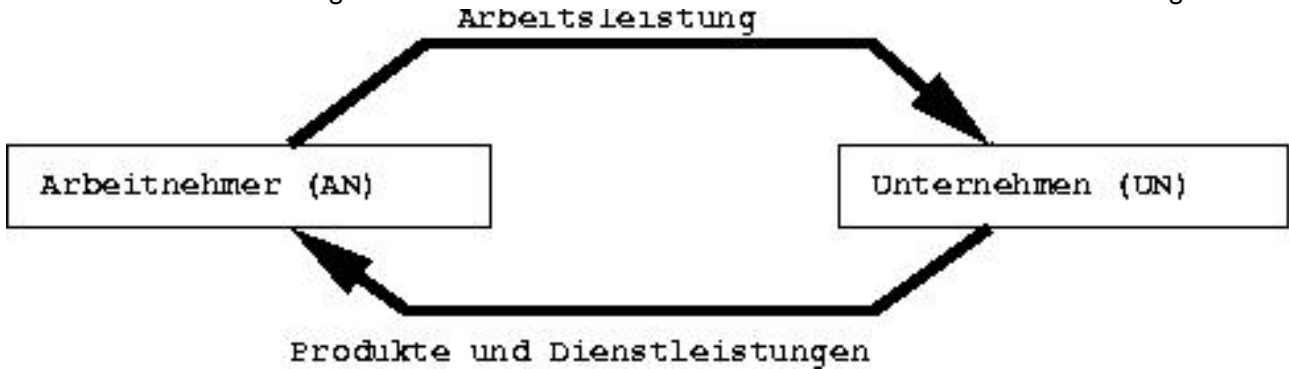
3.1.2 Übung: Annahme: Opel geht pleite

Welche Auswirkungen hat das für die Friseure und Pizzerien in Rüsselsheim und Groß-Gerau – Delphi – WoCo – GKN – Mercedes – den Bürgermeister von Rüsselsheim – VW – Dich???

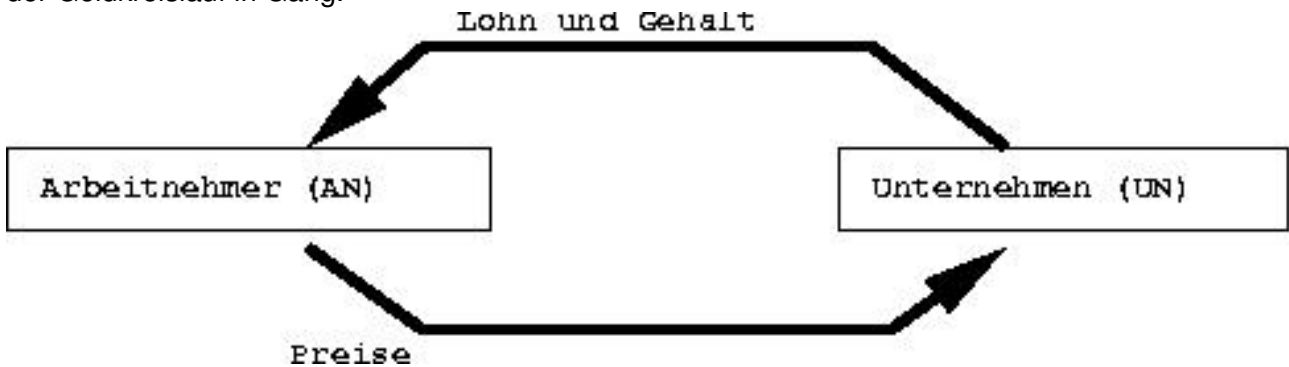
¹mittelständig sind nur Blumen.

3.2 Waren- und Geldströme

In vielen PoWi-Büchern findet man das folgende, bis zur Unkenntlichkeit abstrahierte Waren-Flußbild. Botschaft: "Die AN erbringen Arbeit für die UN und erhalten dafür Waren und Dienstleistungen."



Mit der Erfindung des Geldes, genauer: die Sorte Geld, die gedeckt ist und tatsächlich was wert, kam der Geldkreislauf in Gang.

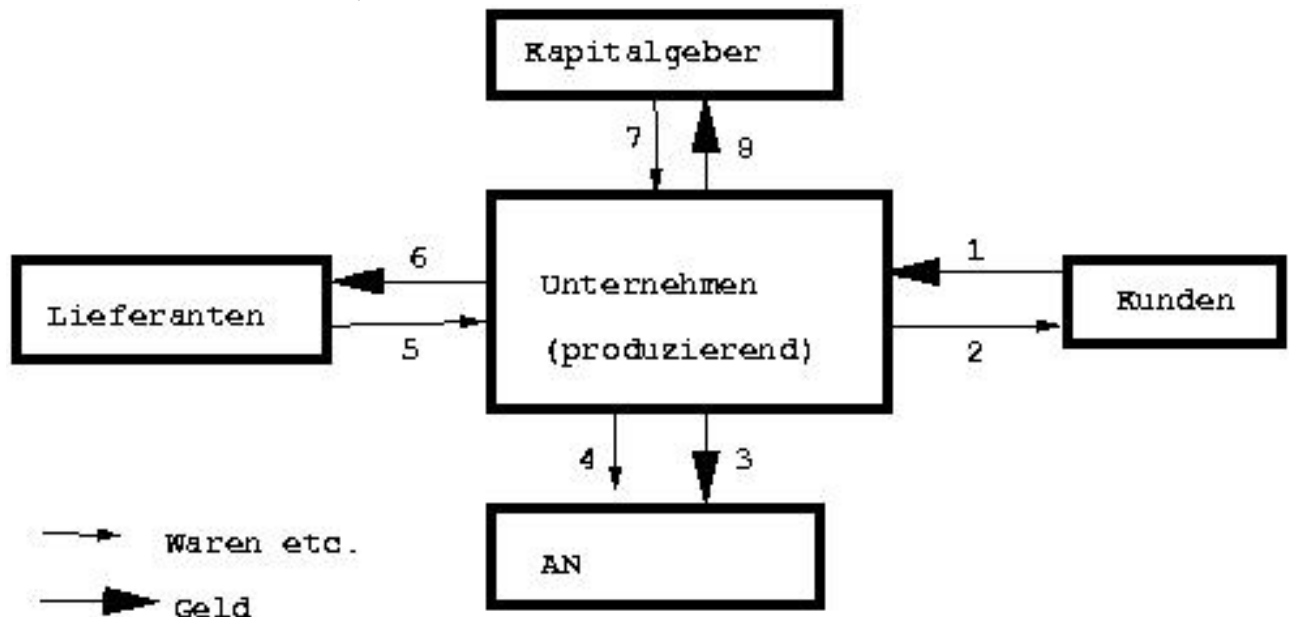


Und das wars.

3.2.1 Wirtschaftskreis im Unternehmen

DAS WARS NICHT!!!

Ein typisches, mittelständisches, produzierendes Unternehmen pflegt folgende Kontakte (immer noch vereinfachend, aber besser):



1. Umsatz.

2. Produkte und Dienstleistungen, sog. Service.

3.3 Blick auf die Mitarbeiter : Verträge

3.3.1 Ausbildungsvertrag

3.3.2 Arbeitsvertrag

3.3.3 Tarifverträge

3.3.4 Gesetzliche Sozialversicherung

3.3.5 Steuern

3.4 Anlagevermögen und Finanzierung

Die simple Rechnung: Ein Schreiner hat 100000 EUR und möchte von einer Bank noch 100000 EUR dazu, damit er sich Maschinen und Holz kaufen und einen Betrieb aufmachen kann.

Datum	Schuld	Zinsen (5%)	Abtrag
01.01.09	100000,00	5000,00	10000,00
01.01.10	95000,00	4750,00	10000,00
01.01.11	89750,00	4487,50	10000,00
01.01.12	84237,50	4211,88	10000,00
01.01.13	78449,38	3922,47	10000,00
01.01.14	72371,84	3618,59	10000,00
01.01.15	65990,44	3299,52	10000,00
01.01.16	59289,96	2964,50	10000,00
01.01.17	52254,46	2612,72	10000,00
01.01.18	44867,18	2243,36	10000,00
01.01.19	37110,54	1855,53	10000,00
01.01.20	28966,06	1448,30	10000,00
01.01.21	20414,37	1020,72	10000,00
01.01.22	11435,09	571,75	10000,00
01.01.23	2006,84	100,34	2107,18
01.01.24	0,00	0,00	

Fragen:

1. Wann ist der Kredit (bei 10% Tilgung) abbezahlt?
2. Wann ist er **zur Hälfte** abbezahlt?
3. Wieviel muß der Schreiner pro Jahr abtragen, damit die Schuld nicht größer wird?
4. Wieviel zahlt der Schreiner insgesamt an die Bank?
5. Wieso macht das (keinen) Spaß?
6. Nach drei Jahren verliert der Schreiner einen Arm. Da er nicht versichert ist, muß er den Laden zumachen.
Wer wird aus der Konkursmasse zuerst bedient: der Schreiner oder die Bank?

3.5 Lieferanten und Kunden

- interessiert angestellte und azubis nicht so -

3.6 Entwicklung im Unternehmen : Lebenszyklus

Unternehmen entstehen, wachsen, schrumpfen und sterben.

Regionen auch. Imperien auch. Galaxien auch. Aber: Azubis nehmen in den 2 bis 3 Jahren kaum Veränderungen im Betrieb wahr – manche ändern ja nicht mal sich selber.

manager magazin, 06.02.2003

Insolvenzen : Deutschland auf den Spitzenplätzen

Die Rangliste der zehn größten europäischen Firmenpleiten des Jahres 2002 wird von Unternehmen aus Deutschland klar dominiert. Sie belegen nicht nur die Spitzenplätze, sondern stellen auch die größte Mannschaft.

Frankfurt am Main - Unter den zehn größten Firmenpleiten in Europa im Jahr 2002 sind deutsche Unternehmen prominent vertreten. Nach einer Untersuchung von Creditreform belegen sie sogar die vier Spitzenplätze.

Die größte Pleite in Europa legte im vergangenen Jahr der deutsche Baukonzern Philipp Holzmann hin. Das Unternehmen hatte vor seinem Zusammenbruch einen Umsatz von 6,4 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Auf den Plätzen Zwei und Drei folgen der deutsche Maschinenbauer Babcock Borsig (5,1 Milliarden Euro Umsatz) sowie das Medienunternehmen Kirch Media (3,3 Milliarden). Auch den vierten Rang sicherte sich mit der Gontard & Metallbank (1,7 Milliarden Umsatz) ein Unternehmen aus Deutschland.

Erst auf Platz fünf ist mit dem britischen Großhändler Albert Fisher (1,1 Milliarden) ein Unternehmen zu finden, das nicht in Deutschland zu Hause ist. Es folgen der deutsche Automobilhersteller Peguform (900 Millionen Euro Umsatz), der französische IT-Anbieter Metrologie (824 Millionen) und das niederländische Telekom-Unternehmen KPNQ West (810 Millionen Euro).

Die Plätze neun und zehn haben mit dem Großhändler Mühl und dem Flugzeugbauer Fairchild Dornier (jeweils 700 Millionen Euro Umsatz) wieder Unternehmen aus Deutschland inne. Damit sind insgesamt sieben deutsche Unternehmen unter den Top Ten der europäischen Firmenpleiten vertreten.

manager magazin 05.07.2002

Insolvenzen : Deutschlands größte Firmenpleiten

1961: Die Bremer Automobilfirma Borgward meldet erst einen Vergleich und wenig später den Konkurs an. Mehr als 15.000 Arbeiter müssen entlassen werden.

1974: Wegen Millionenverlusten aus Devisentermingeschäften muss das Kölner Bankhaus Herstatt ein Vergleichsverfahren wegen Überschuldung anmelden. Tausende von Bankkunden gehen leer aus.

1982: Der seinerzeit zweitgrößte deutsche Elektrokonzern AEG beantragt ein Vergleichsverfahren, das die Gläubiger 4,4 Milliarden Mark kostet. Unter anderem eine aggressive Expansionspolitik hatten das Unternehmen mit seinen ehemals 178.000 Mitarbeitern über Gebühr belastet. AEG geht später im Konzern Daimler-Benz auf.

1983: Schulden in Höhe von rund einer Milliarde Mark zwingen den drittgrößten Baumaschinenhersteller IBH Holding zum Konkurs. Der Vorstandsvorsitzende wird wegen Konkursverschleppung und Betrugs verurteilt.

1986: Der völlig überschuldete Immobilienkonzern Neue Heimat wird von den Gewerkschaften für den symbolischen Preis von einer Mark an den Berliner Bäcker Horst Schiesser verkauft. Die Gläubigerbanken setzen die Rückgabe an die Gewerkschaften und die Liquidation des Unternehmens durch.

1989: Mittels kompliziert konstruierter und fingierter Bilanzen besorgen sich die Chefs des Handelskonzerns Coop Milliardensummen bei den Banken. Ein angemeldeter Vergleich des Unternehmens, das fast 50.000 Mitarbeiter beschäftigt, wird später zurückgezogen. Die Gläubiger müssen auf 1,7 Milliarden Mark verzichten.

1993: Mit monatlichen Verlusten von bis zu 30 Millionen Mark muss die Saarstahl AG Konkurs anmelden. Die Belegschaft wird von 7200 auf 4500 Mitarbeiter verkleinert. Das Unternehmen besteht weiter. Im Dezember 2001 wird der Konkurs aufgehoben.

1993: Das Unternehmen Klöckner & Co meldet Konkurs an, der später in einem außergerichtlichen Vergleich endet. Der Konzern hatte durch Öltermingeschäfte einen Verlust von knapp einer Milliarde Mark erlitten.

1994: Der Sportbodenhersteller Balsam AG beantragt Konkurs, nachdem durch Finanzmanipulationen ein Gesamtschaden von mehr als 1,3 Milliarden Mark entstanden ist. Die Firmenchefs werden wegen Betrugs zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

1994: Der Immobilienunternehmer Jürgen Schneider geht Pleite und hinterlässt bei Banken und Handwerkern einen Schuldenberg von mehr als fünf Milliarden Mark. Ein Teil kann später durch Immobilienverkäufe beglichen werden. Schneider wird wegen Betrugs ein Jahr später in den USA verhaftet.

1996: Die größte deutsche Werftengruppe Bremer Vulkan meldet Konkurs an. Der Konzern mit 15.000 Mitarbeitern hatte 1995 1,5 Milliarden Mark Verlust gemacht. Etwa 850 Millionen Mark waren für Tochtergesellschaften in den Neuen Ländern zweckentfremdet verwendet worden, um Finanzlöcher zu stopfen.

1999/2002: Im 150. Jahr der Firmengeschichte gibt der Baukonzern Philipp Holzmann im November 1999 Verluste von 2,4 Milliarden Mark (1,3 Milliarden Euro) bekannt. Unter Vermittlung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einigen sich die Banken auf einen Rettungsplan.

Zweieinhalb Jahre später räumt das eigentlich als saniert geltende Unternehmen erneut hohe Verluste ein, die Anfang Juni 2002 schließlich zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens führen. Weltweit mehr als 20.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

2000: Über den badischen Bohrsysteme-Anbieter Flowtex wird das Insolvenzverfahren eröffnet, nachdem Schulden von bis zu drei Milliarden Mark (1,53 Milliarden Euro) auftauchten. Den Chefs der verschachtelten Firmengruppe wird vorgeworfen, mit Luftbuchungen über den Verkauf nicht existierender Geräte die Bücher frisiert zu haben.

April 2002: Der Berliner Schreibwarenhersteller Herlitz muss Insolvenz beantragen, nachdem die Banken nicht mehr bereit sind, ausreichende Bürgschaften auszustellen. Das Unternehmen sieht aber im Rahmen des Insolvenzverfahrens gute Chancen zur Fortführung der Geschäfte und für den überwiegenden Erhalt der rund 3000 Arbeitsplätze.

April 2002: Das Imperium des Filmrechtehändlers Leo Kirch gerät ins Wanken und bricht schließlich unter der Last von rund 6,5 Milliarden Euro Schulden zusammen. Die meisten der rund 10.000 Arbeitsplätze können bis auf weiteres gesichert werden. Die Verhandlungen zwischen Banken und Investoren um die Übernahme lukrativer Firmenteile laufen.

Juli 2002: Der bayerische Flugzeugbauer Fairchild Dornier geht nach monatelangem Überlebenskampf in die Insolvenz. Von den 3630 Mitarbeitern könnten zunächst noch 1794 weiter beschäftigt werden. Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS will über 400 Mitarbeiter von Fairchild Dornier übernehmen, jedoch nicht bei dem letzten deutschen Flugzeugbauer einsteigen.

Juli 2002: Der Traditionskonzern Babcock Borsig Chart zeigen muss aus rechtlichen Gründen Insolvenz beantragen, da die Verhandlungen mit Banken und Eigentümern über eine mögliche Sanierung nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten. Unternehmen und Politiker hoffen auf eine spätere Einigung und damit Rettung zumindest eines Großteils der weltweit rund 22.000 Arbeitsplätze. Babcock benötigt zwischen 700 und 800 Millionen Euro für die Sanierung.

4 **Politik**

5 Umfeld des Unternehmens

5.1 Personal

5.1.1 Rechte und Pflichten des Arbeitgebers

5.1.2 Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer

5.1.3 Personalgewinnung

5.2 Geografisch: Offenbach vs. Michelstadt

5.3 Stoff- und Steuertechnisch

5.4 Markt und Konkurrenz

5.5 Neue Märkte

6 Recht und Gesetz

6.1 Recht

... ist die Anwendung von Gesetzen. Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun.

6.2 Gesetze: Wo sie herkommen

Legislative: In Deutschland werden die Gesetze und Verordnungen vom Bundestag, den Landtagen und den RegionalParlamenten verabschiedet.

Bundesgesetze sind die stärksten. Sie werden von der Regierung eingebracht und vom Bundestag verabschiedet (oder auch nicht – mit einfacher Mehrheit regieren ist einfacher).

Anschließend müssen sie durch den Bundesrat: Die Bundesrepublik ist eine **Bundesrepublik**. Hier können die Länder zustimmen, ablehnen oder den Vermittlungsausschuß anrufen.

Anschließend bedarf das Gesetz der Zustimmung des Bundespräsidenten. Der hat schonmal abgelehnt, etwas zu unterschreiben, bis es durchs Verfassungsgericht war.

Dann wird es verkündet, und zwar im Bundesanzeiger. Ab diesem Zeitpunkt gilt es – vorher nicht.

6.3 Parlamente werden gewählt

Im Grundgesetz steht: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Deshalb müssen die Parlamente gewählt werden: in

- allgemeinen – jeder darf
- freien – muß aber nicht
- geheimen – geheimen
- gleichen – jeder hat gleichviel Stimmen
- unmittelbaren – Stimme direkt für Kandidat oder Partei (ohne Wahlmänner)

Wahlen.

Der Bundestag wird direkt gewählt.

Die Landtage werden auch direkt gewählt. Jeder Landtag entsendet Stimmberechtigte in den Bundesrat. Die Zahl der Stimmen für jedes Land ist nach einem Stufensystem bemessen, das die Einwohnerzahl der Länder berücksichtigt, ohne sie jedoch genau proportional abzubilden:

- Jedes Land hat mindestens drei Stimmen,
- Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier Stimmen,
- Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern haben fünf Stimmen,
- Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern haben sechs Stimmen.

Bundestag und Bundesrat bilden die Bundesversammlung. Diese wählt den Bundespräsidenten.

6.4 Gewaltenteilung

Der Bundestag macht die Gesetze (**Legislative**).

Die Justiz (mit Richtern, Polizei, Staatsanwaltschaft etc.) stellen Verstöße und das Strafmaß fest : **Judikative**.

Wer böse war, wandert ins Gefängnis: **Exekutive**.

Es müssen drei völlig unabhängige Organisationen tätig werden, damit jemand (zB ein politischer Gegner der Regierung) ins Gefängnis wandert: **Gewaltenteilung**.

7 Die wichtigsten Gesetze

Gesetze bestehen aus großen Absätzen (sog. Paragraphen – nummeriert) mit kleineren Absätzen (Absätze). Diese wiederum aus Sätzen.

Umfangreiche Gesetze (zB Sozialgesetzbuch) werden in Bücher gegliedert.

7.1 Grundgesetz

”Die über die Mehrheit im bayerischen Landtag verfügende CSU lehnte im Unterschied zur SPD und FDP das Grundgesetz ab.

[..]

Nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates durch den Präsident und die Vizepräsidenten ausgefertigt und verkündet (Art. 145 Abs. 1 GG). Das Grundgesetz trat nach Art. 145 Abs. 2 GG mit Ablauf dieses Tages in Kraft (je nach juristischer Sichtweise der 23. Mai, 24:00 Uhr, oder der 24. Mai 1949, 0:00 Uhr). Damit war die Bundesrepublik Deutschland [...] gegründet.” (wikipedia.de)

Das Grundgesetz legt im Abschnitt ”Grundrechte” (Art. 1?19) fest, welche Rechte jeder Mensch (Menschenrechte oder Jedermannsrechte) und spezieller jeder Staatsbürger (auch Bürgerrechte oder Deutschenrechte) gegenüber den Trägern der Hoheitsgewalt hat. Auch juristische Personen sind, soweit die Grundrechte auf sie anwendbar sind, Träger von Grundrechten.

”Einschränkbarkeit

Grundrechte können eingeschränkt werden. So ist etwa die Freiheit der Person eines inhaftierten Verbrechers eingeschränkt, die Strafbarkeit der Beleidigung schränkt die Meinungsfreiheit ein usw. Grundrechte dürfen nur durch ein Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden (sog. Gesetzesvorbehalt). Manche Grundrechte wie die Gewissens-, Kunstfreiheit oder das Versammlungsrecht in geschlossenen Räumen sehen nicht einmal einen solchen Gesetzesvorbehalt vor. Sie sind demnach vorbehaltlos, aber nicht schrankenlos gewährleistet [...].”

Beispiel: Artikel 146 (gesetze-im-internet.de):

”Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”

7.2 Bürgerliches Gesetzbuch

Das bürgerliche Gesetzbuch (orig: Code Civil, von Napoleon et al., ca. 1801) regelt alles, was woanders nicht geregelt ist.

Falls etwas nicht geregelt ist, ist es grundsätzlich erlaubt – es sei denn, wichtige Interessen (Menschenwürde, Recht auf Leben und Unversehrtheit, Gute Sitten (???) stehen dem entgegen.

7.3 Interessant für den Neuling: Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Jugendschutz

7.4 Straßenverkehrsordnung (StVO) und Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (STVZO)

7.5 Strafgesetzbuch

7.6 Sozialabgaben

7.7 Steuer-Gesetzgebung

8 Lebensentwürfe

8.1 Deutschland, Europa und Externe Handelspartner

8.2 Angestellter vs. Selbständiger

8.3 Lebensalter 15, 25, 35, 45, 55, 65